



Kurzbericht aus Skopje

Die mazedonische Haltung zum künftigen Status des Kosovo

Bereits im Vorfeld der Bekanntgabe des Vorschlags des Sondergesandten des UN-Generalsekretärs Martti Ahtisaari erklärte sich die mazedonische Regierung mit jedem Vorschlag einverstanden, wenn er für Belgrad und Priština akzeptabel sei. Staatspräsident Crvenkovski: „*Mazedonien ist weder ein Teil des Kosovo-Problems, noch kann es Basis für eine Lösung sein*“.



Als Reaktion auf den Vorschlag des finnischen Sondergesandten Ahtisaari, wonach das Kosovo de facto unabhängig werden soll, ohne das „U-Wort“ zu gebrauchen, erklärte der mazedonische Staatspräsident Crvenkovski (Bild), dass Ahtisaaris Plan zum Kosovostatus die nationalen Interessen Mazedoniens nicht gefährden würden. „Außerdem sei der die Demarkation der Grenze zum Kosovo betreffende Teil im Dokument sehr gut definiert und beinhaltet unsere Position dazu. Der Kosovostatus hat oberste Priorität für Priština und Belgrad, aber nicht für Mazedonien.“ sagte Crvenkovski am Montag.

Die Demarkation der Grenze ist einziger Punkt auf der Tagesordnung für die mazedonische Seite. Unklar ist nun, ob sie in Absprache mit Belgrad gemäß dem Abkommen zwischen Mazedonien und Serbien aus dem Jahr 2001 oder laut Ahtisaaris Vorschlag mit dem Kosovo durchgeführt werden soll. Laut Ahtisaari soll innerhalb von 120 Tagen eine gemeinsame Kommission mit internationaler Beteiligung gebildet werden und die reale Markierung des Grenzverlaufs innerhalb eines Jahres abgeschlossen sein.

Am Samstag reiste der kosovarische Oppositionspolitiker Hashim Thaci nach Skopje und traf mit Premierminister Gruevski zu einem informellen Gespräch zusammen. Auch Gruevski betonte die große Bedeutung des Dokuments, das auch einen Vorschlag für die Lösung des Demarkationsproblems beinhalte, er sehe dies jedoch nur als eine technische Frage. Gruevski sagte, dass es für ihn von größter Bedeutung sei, dass die Region stabil und das Kosovo Stabilität erzeuge und keine Krisen in der Zukunft.





Während Thaci die Worte „unabhängig“ und „souverän“ verwendete, vermied Gruevski jegliche Andeutung auf den künftigen Status.



In einem Interview mit dem mazedonischen Programm der Deutschen Welle äußerte sich der mazedonische Außenminister Antonio Milošoski: *„Die Auflösung Jugoslawiens begann mit der Kosovokrise 1981 und endet nun mit der Lösung des Kosovoproblems. Damit findet der Dominoeffekt sein Ende“*. Ähnlich äußerte sich auch der Parlamentspräsident Ljubiša Georgievski: *„Wir hoffen, dass dies nun zur Zufriedenheit aller sein wird und es ein Beitrag für Frieden und Stabilität ist.“*

Die vorsichtige Haltung der mazedonischen Regierung ist gut verständlich, wenn man die Reaktionen aus Belgrad berücksichtigt. Alleine schon aus wirtschaftlichen Gründen kann es sich Skopje nicht leisten, mit Belgrad auf Konfrontationskurs zu gehen. Unter den Nachbarländern steht Serbien beim Warenaustausch an erster und auf der Liste der bilateralen Handelspartner nach Deutschland an zweiter Stelle. Auch politisch hätte Skopje wenig der angedrohten „Serbischen Hallstein-Doktrin“ entgegen zu setzen.

Mazedonien will für das Kosovo ein guter Nachbar sein, aber keine Spielwiese für albanische Nationalisten oder Outlaws werden. Auch die albanischen Parteien in Mazedonien wollen keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten, weder aus dem Kosovo, noch aus Tirana. Die Befürchtung, dass erneut ein Konflikt von Außen wie 2001 entzündet werden kann, ist zwar derzeit unwahrscheinlich, aber nicht ganz unbegründet.

Skopje, 05.02.2007

